

# Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hülsen- und chemischen Industrie

Beitrag zum sozialistischen Kampf. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Mk. Anzeigenpreis die Spalte, 6 Spaltenzeile für 100 Zeilen, 75 Pf., 10 Zeilen, 100 Pf., 20 Zeilen, 1,50 Mk.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Verantwortung und Verlagsdirektion: Leipzig, Silesienstr. 17, Fernruf 2363-67. Schluß der Redaktion: Sonntag, morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Verlagsstelle zu richten.

Wichtige Anzeigenannahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 33.

Duisburg, den 16. August 1919.

20. Jahrgang

## Wie sollen wir werden?

In der vorigen Nummer unseres Organs haben wir unter der gleichen Überschrift einige allgemeine Richtlinien gegeben für die Werbearbeit für unseren Verband. Im Nachfolgenden wollen wir an einigen Beispielen darzutun versuchen, wie die Werbearbeit im besonderen betrieben werden soll.

Bei der Firma G. hat der Arbeiterausschuß eine Betriebsversammlung einberufen. Es konnten etwa 90 Arbeiter in Frage, von denen ein Drittel organisiert ist, und zwar vorwiegend sozialistisch. Christlich organisiert waren nur zwei Kollegen. Als der Obmann die Versammlung eröffnete, stellte sich heraus, daß ein Beamter des sozialdemokratischen Verbands anwesend war, der die Versammlung mit einem Vortrag begrüßen sollte. Jedoch man hatte die Meinung ohne unsere Kollegen gemacht. Nach dem Vortrag des sozialdemokratischen Beamten sprach unser Kollege A. und betonte, man sei nicht zusammengekommen, um einen Vortrag des Vertreters des sozialdemokratischen Verbandes zu hören, sondern es sollten die Lohn- und Betriebsverhältnisse einmal gründlich beraten werden. Er beantragte daher, den Vortrag fallen zu lassen und eine weitere Versammlung dafür stattfinden zu lassen, wo dann auch ein Vertreter des christlichen Verbandes eingeladen werde, um beide Richtungen zu Worte kommen zu lassen. Die Versammlung stimmte dem zu. Bei Besprechung der Betriebsverhältnisse zeigte sich dann, daß noch vieles im argen lag und der Arbeiterausschuß, der noch während der Kriegszeit gewählt worden war, nicht mehr das volle Vertrauen der Belegschaft hatte. Es wurde eine Verständigung über eine Neuwahl des Ausschusses erzielt und unser Kollege mit in den neuen Ausschuß hineingewählt. Unsere beiden Kollegen nahmen nun die Agitation für unsern Verband in Angriff. Nach acht Tagen fand eine weitere Versammlung statt, wozu auch der Vertreter unseres Verbandes hinzugezogen war. Den Unorganisierten wurde jetzt die Unorganisiertheit der Organisation vor Augen geführt. Durch Verhandlungen mit der Werkleitung erreichte man eine namhafte Verbesserung der Verhältnisse, und weil unsere Kollegen sich tatkräftig an der ganzen Arbeit beteiligten, schlossen sich eine größere Anzahl der Arbeiter unserem Verbande an. Als nach einigen Wochen eine Kontrolle der Mitgliedsausweise stattfand, stellte sich heraus, daß von 92 Belegschaftsmitgliedern 49 christlich, also über die Hälfte, bei uns organisiert waren — jedenfalls ein schöner Erfolg.

Bei der Firma B. hatte man von sozialdemokratischer Seite eine Belegschaftsversammlung einberufen. Unsere Kollegen befanden sich im Betrieb in der Mühseligkeit und kümmerten sich nicht um die Versammlung. In der Versammlung wurde eine Resolution der Mitgliedsausweise beschloffen und die Unorganisierten sollten zum Beitritt in die Organisation angehalten werden. Als nun am folgenden Tage die Funktionäre des roten Verbandes sich einschickten, die Resolution vorzunehmen, wäre es für unsere Kollegen an der Zeit gewesen, zu handeln — aber unsere Kollegen zeigten sich nicht auf der Höhe und überließen die Arbeit den andern allein. Durch die Kontrolle der Mitgliedsausweise, ließen sich die meisten der Unorganisierten aufnehmen, und da ja alles von den Agitatoren des sozialdemokratischen Verbandes allein gemacht wurde, natürlich auch alle in den roten Verband. Was nützte es in diesem Falle, daß sich unsere Kollegen nachher über das einseitige Vorgehen der sozialdemokratischen Gewerkschaft beklagten? Man hätte zur rechten Zeit handeln sollen! Warum beteiligte man sich nicht an der Arbeit, wie es einige Tage später die Kollegen bei A. taten und ebenfalls Maßnahmen erzielten, wie die sozialdemokratischen Agitatoren?

Gerade diese Betriebskontrolle ist heutzutage ein sehr wichtiges Agitationsmittel und darf von unseren Kollegen keineswegs vernachlässigt werden. Wohl abgesehen hat heute die Organisation Fuß gefaßt, und in den meisten Betrieben ist ein späterer Prozeß der Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Bei dieser Sache kommt man den Unorganisierten erst durch die Kontrolle der Mitgliedsausweise richtig auf die Spur. Wie viele verstehen es, sich als organisiert aufzuspielen, obgleich sie es tatsächlich nicht sind? Die Eintragung — bei einer besonderen Gelegenheit, etwa einer Lohnbewegung, läßt man sich „gerauschvoll“ in den Verband aufnehmen und dann — Beiträge zahlen wird verzeihen, aber in Betrieben, „selbstverständlich organisiert“. Solchen Freunden kommt man bei der Kontrolle auf die Spur, wie folgender Fall zeigt:

Bei G. O., einem Betriebe, wo die christlich organisierten Arbeiter in der Mehrheit sind, machte sich in der Reparaturabteilung ein angeblich „frei“ organisierter Z. bemerkbar, daß er als Freieinsteiger natürlich alles besser wußte und konnte. Der Christliche Metallarbeiterverband hatte es ihm besonders angetan und auch das Verhalten der christlichen Kollegen, besonders der Vertrauensleute und Ausschußmitglieder, fand alle Gnade vor dem Urteil dieses unentwegten Jüngers des allein selbstmachenden sozialdemokratischen Verbandes. Vor kurzem hat nun auch in der Abteilung Buchkontrolle stattgefunden, und hier dabei „ermittelt“ wurde, daß bei Z. die Vertrauensmänner sich die Ausweise vorlegen ließen, glaubte Z. durch einen faulen Witz an der Sache vorbeikommen zu können. Man wurde ihm aber bedeutet, daß es keine Ausnahmen gebe und als Freund Z. nun mit anderen Ausreden kam, da wurde man mißtrauisch und ließ nicht eher locker, bis es heraus war. Z. hatte sich im Februar dieses Jahres in den „freien“ Verband aufnehmen lassen, und mittlerweile war es Zeit geworden, aber außer der Aufnahmeweise waren Beiträge nicht geleistet. Man kann sich denken, daß diese Entdeckung ein allgemeines Gallastria auslöste. Als Folge dieses Vorganges hat unser Verband in der Abteilung einen Zuwachs von etwa 20 Mitgliedern zu verzeichnen. Z. ist übrigens recht still geworden, und sein Respekt vor den christlich organisierten Kollegen ist inzwischen soweit gediehen, daß er ebenfalls unsern Verband betreten hat.

Für heute wollen wir es mit diesen Beispielen bewenden lassen, indem wir uns folgendes besonders merken: Wer erfolgreich mitarbeiten will, muß mutig, entschlossen und wenn notwendig, auch mit einer gewissen Dosis Rücksichtslosigkeit ans Werk gehen. Als Streiter für eine gute Sache heißt es auch, schäme sich die Maßnahmen unserer Gegner zu parieren. Die Betriebskontrolle wollen wir unserer Agitation weitgehend dienstbar machen. Zwar wollen wir sie nicht in terroristischem Sinne anwenden, aber zur Feststellung des Organisationsstandes und als moralisches Hilfsmittel müssen wir sie zur weiteren Stärkung unseres Verbandes anwenden.

## Die industrielle Arbeitsgemeinschaft als Mittel des Wiederaufbaues.

Einen Hauptstichpunkt, dessen wir uns für den wirtschaftlichen Wiederaufbau in Deutschland mit Erfolg glauben bedienen zu können, erblicken wir in der industriellen Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die am 15. November 1918 zum ersten Mal in die Entstehung getreten ist. Danach sollen die Fragen des Bestehens der Arbeitsgemeinschaft und Arbeitnehmer nicht mehr auf dem Umwege des Streiks, sondern möglichst auf dem Wege der Vereinbarung, der Verständigung, ihre Lösung finden. Diejenige industrielle Arbeitsgemeinschaft soll ihre Fortsetzung finden in den einzelnen Industriegruppen, Bezugs- und Untergruppen und möglichst auch in den einzelnen Betrieben.

Was der Arbeitsgemeinschaft die besondere Bedeutung verleiht, das ist der Umstand, daß hinter ihr geschlossen die großen Arbeitnehmer- (Arbeiter- und Angestellten-) Verbände und die maßgebenden Fachorganisationen der deutschen Industrie stehen. Namen auf Seiten der letzteren, wie Goerge, Etienne, Bögl, Hagenberg, von Moppel, von Siemens, Mathenau, von Wöhr, die das Wort führen über die Arbeitsgemeinschaft für die von ihnen vertretenen Verbände unterzeichnet haben, bilden industrielle Machtzentren und Schwerpunkte. Das Handwort ist mit Verbänden aus dem Bau und dem Nahrungsmittelgewerbe vertreten. Auf der andern Seite stehen als Hauptvertreter der Arbeitnehmer die großen gewerkschaftlichen Verbände mit den besten Namen ihrer Führerschaft.

Bei der Arbeitsgemeinschaft handelt es sich um einen Gedanken von überragender Wichtigkeit für unsere gesamte industrielle Zukunft, und namentlich für die Stellung der Arbeitnehmer in derselben. Diese sollen nicht mehr bloß den Gegenstand sozialer Fürsorge bilden, wie es bisher in der Hauptfrage der Fall war, sondern aktiv das gesamte Industrieleben mit beeinflussen. „Wir wollen“, so erklärte einer der Hauptstifter der Arbeitsgemeinschaft auf Seiten der Großindustrie, der Generaldirektor Dr. Bögl, in der Deutschen Nationalversammlung am 12. März, „die Arbeiterschaft und die Angestellten in weit größerem Umfang als bisher an der Verwaltung der deutschen Betriebe teilnehmen lassen.“ Mit anderen Worten: die Arbeitnehmer werden sich in verantwortlicher Weise zu beteiligen haben auch an der wirtschaftlichen Förderung der Industrie, die sie bisher vornehmlich den Industriellen selbst und gegebenenfalls dem Staat überlassen zu dürfen glaubten. Auch den Fragen der Rohstoffbeschaffung der Industrie, den Steuer- und Finanzfragen und -sorgen, deren handelspolitische Stellung und Anliegen werden die Arbeitnehmer ihre Aufmerksamkeit zuwenden und sich hier mit der Industrie schicksalsverbunden fühlen müssen. Die Arbeiter und Angestellten haben in der Arbeitsgemeinschaft neue Rechte erhalten, aber sie übernehmen hier auch hohe Pflichten.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben sich in der Arbeitsgemeinschaft eine Stelle als Vertreter geschaffen, die ähnliche Aufgaben übernehmen will, wie sie sonst den namentlich aber einige Jahrzehnte geplanten Arbeitskammern zugehört waren. Ob unter diesen Umständen solche noch zu schaffen sind, kann man mit dem christlichen Arbeiterführer Stegemann in dessen Rede vom 21. Februar 1919 in der Nationalversammlung in Weimar mit Recht bezweifeln. Wir betragen die Arbeitsgemeinschaft als ein Stützglied im organischen Aufbau unserer Wirtschaft als Glied, und zwar als ein bedeutendes, das hier noch fehlt. Von ihr gilt, was der Hauptgeschäftsführer des jetzigen Reichsverbandes der deutschen Industrie, Dr. Schweiggöfel, in seinem Vortrag über die Entwicklung der industriellen Interessensvertretung auf der ersten Sitzung des deutschen Industriekongresses am 16. Februar 1918 über die Interessensvertretungen, Kartelle und Syndikate, sagte, daß sie nämlich geschaffen sind, „um an Stelle der vor einem Jahrhundert durch den wirtschaftlichen Liberalismus befallenen, atemberbenden Zwangsgebilde die sachlich-befriedigenden, wie die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen der einzelnen Zweige und der Gesamtheit der Industrie im Kampf gegen die ihnen drohenden Gefahren und Nachteile wahrzunehmen“. Nur daß die Arbeitsgemeinschaft nicht wie jene eine einseitige Einrichtung ist, sondern eine solche auf parteilicher Grundlage.

Gelingt es, die Hoffnungen zu erfüllen, die auf die Arbeitsgemeinschaft als die selbstgeschaffene Interessensorganisation von Industrie und Handarbeit gesetzt werden, dann ist der Ring der Ständeverbindungen für die hauptsächlichsten Erwerbszweige geschlossen. Ob die neuerdings im Anschluß an diese Aufgabe wieder lebhafter erörterte Idee der Schaffung eines deutschen Volkswirtschaftsrates als Spitze der vorgenannten Interessensvertretungen nach dem Muster der 1881 bereits von Bismarck vorgeschlagenen Einrichtung, die aber vom Reichstag abgelehnt wurde — weil dieser dadurch für seine Kompetenzen fürchtete und einen „Rechenplaneten“ nicht dulden wollte — feste Gestalt gewinnen wird, muß man abwarten.

Für den Charakter der Arbeitsgemeinschaft und ihre praktische Arbeitsfähigkeit ist es von besonderer Bedeutung, daß sie kein Zwangserzeugnis der Revolution ist, sondern in ihren Grundzügen viel weiter zurückreicht. Das ist sowohl von sozialdemokratischen wie christlichen Gewerkschaftsführern als auch von Vertretern der Großunternehmungen wiederholt worden. So wurde sie in der Nationalversammlung in Weimar am 15. Februar 1919 von dem Reichspräsidenten Dr. Ebert bezeugt: „Die Arbeitsgemeinschaft ist auf Grund monatelanger Besprechungen vor der Revolution zustande gekommen.“ Und am 11. Mai 1919 erklärte auf der Generalversammlung des Reichsverbandes deutscher Eisenhüttenwerke in Düsseldorf der Vorsitzende, Generaldirektor Dr. Bögl: „Die Arbeitsgemeinschaft ist viel angefochten worden, und zwar von beiden Seiten. Bei der Entwicklung der Dinge verfehlt hat, muß zunächst den Vorwurf, daß sie nur ein Produkt der Not sei, zurückweisen. Gerade hier von dieser Seite ist vor mehr als Jahresfrist von mir angesprochen worden, daß die Entwicklung der Dinge Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur gemeinsamen Schaffung führen muß. Dabei ist ausdrücklich hervorgehoben worden, daß doch in den Wirtschaftskrisen nennenswerte Unterschiede überhaupt nicht bestehen können. Er gab dabei die Hoffnung Ausdruck, daß durch die Gemeinschaftsarbeit in diesen wirtschaftlichen Krisen sich auch eine Brücke zur Lösung der sozialen Probleme schlagen lassen wird. Die Beziehungen zwischen Arbeiter und Unternehmer sind doch letzten Endes unauflöslich miteinander verknüpft, sie unterliegen elementaren Gesetzen. Diese Wahrheit ist nur im Kampf verloren gegangen.“

Sowohl bei den Arbeitgebern wie bei den Arbeitnehmern ist also die feste Überzeugung vorhanden, daß hier ein Weg gegeben ist, auf dem die Befriedung unserer Wirtschaft wirklich erreicht werden kann. Aufgabe aller Beteiligten wird es sein, etwaige Hindernisse für die Arbeitsgemeinschaft hinwegzuräumen, damit der Weg ganz frei werde für einen Gedanken, der in seiner vollen Auswirkung von unermesslicher Bedeutung ist auch für die Allgemeinheit.

## Allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen.

Dem Reichsarbeitsministerium sind in letzter Zeit mehrfach Beschwerden wegen zu langwieriger Erledigung von Anträgen auf allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen zugegangen. Die Beschwerdeführer sind scheinbar vielfach der Ansicht, es handele sich bei der Verbindlichkeitsklärung nur um eine Formalität, die binnen weniger Tage erledigt werden könnte. Das Gegenteil ist der Fall. Die Verbindlichkeitsklärung von Tarifverträgen ist eine Maßregel von so einschneidender rechtlicher und wirtschaftlicher Bedeutung, daß ihre unvorsichtige Handhabung die bedenklichsten Folgen zeitigen könnte. Ungeklärt werden die Tarifverträge nur von einem Teile der Beteiligten und häufig gerade von dem wirtschaftlich stärksten Teile abgeschlossen. Wie am Abschluß Beteiligten nehmen naturgemäß in erster Linie auf ihre eigenen Interessen Rücksicht, was ja insofern berechtigt erscheint, als der Tarifvertrag zunächst lediglich für sie selbst verbindliche Kraft besitzt. Soll der von ihnen vereinbarte Tarifvertrag nun aber zwangsweise auf den ganzen Berufsstand erstreckt werden, so muß auch den Verhältnissen der am Vertragsabschluß nicht beteiligten Kreise Rechnung getragen werden, wenn nicht ganze Industriezweige zum Schaden der Allgemeinheit lahmgelegt werden sollen. Das Reichsarbeitsministerium muß daher, bevor es seine Entscheidung trifft, in eine eingehende sachliche Prüfung des Vertrages und der wirtschaftlichen Folgen seiner allgemeinen Verbindlichkeit eintreten und namentlich die oft recht zahlreichen Einwendungen auf ihre Berechtigung prüfen. Dabei müssen auch die mit den örtlichen Verhältnissen vertrauten sachkundigen Stellen gebührend zu Wort kommen. So notwendig ist der einen Seite eine mögliche Beschleunigung des Verfahrens erwünscht, so wichtig ist auf der andern Seite die Zurechtweisung der Prüfung. Die Beteiligten können aber ihrerseits erheblich zu einer schnelleren Erledigung ihrer Anträge beitragen, wenn sie beim Abschluß der Tarifverträge und bei der Antragstellung folgende Gesichtspunkte beachten:

1. Die Erhebungen von Einwendungen können dadurch vermieden werden, daß an den Tarifvertragsverhandlungen von vornherein alle Verbände beteiligt werden, die mit einer erheblichen Mitgliedszahl interessiert und ernstlich zu Verhandlungen bereit sind.
2. In den Tarifverträgen muß der berufliche und der räumliche Geltungsbereich so klar umschrieben werden, daß Zweifel über die Anwendbarkeit des Vertrages nicht entstehen können.
3. Der Antrag auf allgemeine Verbindlichkeit soll möglichst von allen beteiligten Verbänden gemeinsam gestellt werden.
4. Dem Antrag muß die Urschrift oder eine amtlich beglaubigte Abschrift des Tarifvertrages mit sämtlichen etwa später vereinbarten Änderungen oder Ergänzungen beigelegt werden. Die Beifügung einer Anzahl weiterer einfacher Abschriften ist empfehlenswert.
5. Die Prüfung des Reichsarbeitsministeriums erstreckt sich namentlich auch auf die Frage, ob der Tarifvertrag in dem Tarifgebiet überwiegende Bedeutung für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen besitzt. Diese Prüfung wird beschleunigt, wenn die Parteien sofort Unterlagen überreichen, die eine Beurteilung dieser Frage gestatten. Es kommen hierbei z. B. tatsächliche Äußerungen von Gemeindebehörden, Gewerkskammern oder Gewerbeinspektoren, Vorträge von Mitgliederverzeichnis und ähnliche Nachweise in Frage.

### Streiflichter

#### Wie politische Streiks den Arbeitgebern ungen.

Wo eine Deminuität zu machen ist, dürfen unsere hohereichen Gesellen nicht zögern. So war bei der Rätepublik, so war am 21. Juli. Die Arbeiter haben sich aufständisch verhalten, was ihnen die nötige Arbeit gab. Anders in Nürnberg, wo die Arbeiter sich nicht aufständisch verhalten, was ihnen die nötige Arbeit gab. Anders in Nürnberg, wo die Arbeiter sich nicht aufständisch verhalten, was ihnen die nötige Arbeit gab.

#### Was den Organisationen der Kriegsbeschädigten.

Die größeren deutschen Kriegsbeschädigtenorganisationen haben sich vereint, gegen den Leipziger Kriegsbeschädigtenverband einheitlich Front zu machen. Sie richteten gemeinsam folgende Schreiben, aus dem die Sachlage hervorgeht, an das Reichsarbeitsministerium.

Langendree, Berlin, den 20. Mai 1919.

An das Reichsarbeitsministerium, Berlin.

„Freie wirtschaftliche Verband Kriegsbeschädigter“, Sitz Leipzig, meist Leipziger Verband genannt, nennt sich seit seinem zu Oben abgefallenen Delegiertenkongress „Einheitsverband der Kriegsbeschädigten Deutschlands“. Durch Fügung des Verbandstitels und durch die darauf folgende Agitation sucht der Leipziger Verband den Anschein zu erwecken, als sei er die einzige oder allein maßgebende Organisation und Interessenvertretung Kriegsbeschädigter in Deutschland. So können wir ein Schreiben des Verbandsvorsitzenden des „Einheitsverbandes“, in dem es heißt:

„Alle Verbände haben liquidiert und haben sich zu einem Einheitsverband der Kriegsbeschädigten Deutschlands zusammengeschlossen.“

„Die wenigen kleinen Organisationen, welche nur einzelne Vereinigungen sind, werden sich sicher in aller Kürze auflösen.“

Die Leipziger Delegiertenkonferenz war ein einfacher Verbandstag des Leipziger Verbandes. Eine wirkliche Einheitsorganisation ist dort nicht geschaffen, und der ersichtliche Versuch, eine solche zu schaffen, hat von vornherein während der Tagung nicht gemacht. Von all den beim Kriegsende vertretenen Kriegsbeschädigtenorganisationen war nur der „Verband wirtschaftlicher Vereinigung Kriegsbeschädigter für das Deutsche Reich“ („Kaiserlicher Verband“, früher Eisenverband genannt) durch einen nicht bevollmächtigten Delegierten vertreten. Dieser sollte nach Absprache des Vorsitzenden des Leipziger und Kaiserlicher Verbandes als Vorkurs in der Tagung in Leipzig Zutritt haben und auf verlässliche Nachrichten des Kaiserlichen Verbandes über die Einheitsorganisation, und wie sie zu schaffen sei, berichten. Davon, daß in Leipzig der Einheitsverband geschaffen werden sollte, war auch dem Kaiserlichen Verbande nichts bekannt. Dem Vertreter waren deshalb auch keine besonderen Vollmachten mitgegeben und konnte er die oben erwähnten nach irgendwelcher Richtung hin, wie er in Leipzig auch ausdrücklich betonte, nicht abgeben. Eine Liquidation dieses Verbandes und sein Beitritt zum sogenannten Einheitsverbande ist nicht erfolgt. Es handelt sich also um eine bloße Fälschung des Verbandstitels.

Die Zahl dieser neuen Namen durch den Leipziger Verband und

die sich daran anschließende agitatorische Ausnutzung hat somit eine Fälschung der Wahrheit, der Fälschung, der Öffentlichkeit und der Kriegsbeschädigten im Lande dar. Sie kann nur aus verbandspolitischen Erwägungen heraus entstanden sein.

Wir sind nicht in der Lage, den bisherigen „Freien wirtschaftlichen Verband“ als Einheitsverband anzuerkennen. Aber wir können auch nicht zu dem Vorhaben des genannten Verbandes schweigen. Wir würden dadurch indirekt sein Tun gutheißen und uns der Fälschung mit schuldig machen.

Diesem erklären wir, daß wir gegen die neue Benennung des Freien wirtschaftlichen Verbandes als Einheitsverband protestieren und daß wir darauf verzichten müssen, mit Vertretern dieser Organisation im Reichsarbeitsrat und in dessen Untereinstufen, wie auch in allen Unterorganisationen der Gruppe zusammen zu arbeiten, solange das geschlossene Zusammenschließen durch Fälschung des tatsächlichen Verbandstitels „Einheitsverband“ anhält.

Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter für das Deutsche Reich, Sitz Rassel.

Verband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshilfsbediensteten.

Richterbund der deutschen Landeskriegerverbände.

Die Angelegenheit wird voraussichtlich in den nächsten Tagen beim Reichsarbeitsrat zum Austrag kommen. Zweifelslos wird sich der Leipziger Verband zu einer Veränderung seines Verhaltens genötigt sehen.

### Einfl und jetzt

In dem Leitartikel der „Volksstimme“ Nr. 206 lesen wir folgende Zeilen:

Wir können förmlich darauf, auch nur ein einziges Mal, aus dem Munde der Führer der Unabhängigen und Kommunisten einen vernünftigen Gedanken zu vernahmen, aber den eine sachliche Auseinandersetzung möglich ist. Aber wenn selbst die großen und größten Kräfte dieser politischen Parteien — wie wir es am vorigen Montag bei dem Vortrag von Lise Piech in der „Tribüne“ erlebt haben — bei ihrer Agitation immer und immer wieder genau dieselben trügerischen Schlagworte und längst widerlegten Tatsachenfälschungen aufstufen, so muß man mit berechtigtem Argwohn beiseite sehen und abwarten, bis dieser Fieberanfall allmählich wieder einer gesunden, nüchternen Verfassung zu weichen beginnt.

An den Kommunisten und Sozialisten hat sich die Abfolge Sozialdemokratie, Partei wie Gewerkschaft eine interessante Illustration, in welchem Verhältnis die gesamte Sozialdemokratie früher zu und gefahren hat. Bei allen ehemaligen sozialdemokratischen Agitatoren steht ebenfalls alle Hilfe vergeblich. Ihre Kaschauer in der Wiederholung abgebrochener Phrasen war geradezu erschauend. Mit Bewußtsein war ihnen absolut nichts anzuhören. Es war eben alles nur Agitation und Opposition. Positive Arbeit durfte nicht geleistet werden. „Die Wunden an sozialen Körper des Volkes umhlen offen gehalten werden.“ (Weber, Bräuleter Kongress.) Wohl aus dem Glauben, damit sich die von Paul Marx voransagte Bekehrung der Arbeitermassen auch in Wirklichkeit erfüllte.

Jetzt hat sich das Mächtige gewandt. Die Sozialdemokratie ist jetzt aus ihrer Opposition heraus und an die Regierung gekommen. Jetzt muß sie in ihren Reden und Versprechungen in etwa das rechte Verhältnis zu dem Gerechtere suchen. Also nicht die Unzulänglichkeiten haben sich in ihrem Wesen geändert. Sie sind ihrer Tradition treu geblieben und verharren weiter in ihrer Agitations- und Oppositionspolitik. So Lise Piech, Lise Piech ist dieselbe geblieben und durchaus die würdige Vertreterin der ehemaligen gesamten Sozialdemokratie. Gätten die Mehrheitssozialisten in der Partei und Gewerkschaft ihre Mitglieder zu vernünftigerem Denken herangeführt, dann bräuhete sie heute nicht zu diesem Unverstand den Kampf aufzunehmen.

### Wirtschaft und Technik

#### Der Kampf um den Weltmarkt.

Der militärische Kampf ist beendet, und nun steht ein ebenso zäher und hartnäckiger Kampf im vollen Umfange ein, um möglichst viele und gute Waren auf den Weltmarkt zu werfen. Kohlenstoff- und besonders Kohlenmangel erschweren die Ausführung von Fertigfabrikaten. Die geringe Arbeitsleistung, die ständigen Streiks und nicht zuletzt die unklare Ignoranz wirtschaftliche Lage beeinträchtigen die Wiederherstellung unserer ausländischen Handelsbeziehungen. Die Einfuhrmöglichkeit ist nach den Berichten der Handelskammern durch die bestehenden Beschränkungen gegenwärtig noch sehr gering. Mit der Auf-

hebung der Beschränkung erwartet man aber eine Überschwemmung des deutschen Marktes durch die an den Grenzen aufgestapelten Fertigfabrikate, wie sie in neutralen Ländern bereits in Erscheinung getreten ist und als deren Folge — abgesehen von dem an sich erwünschten Preissturz — Lahmlegung unserer Industrien und damit Arbeitslosigkeit. Bestimmte Industriezweige äußern deshalb den Wunsch nach Schutz durch Aufrechterhaltung der Einfuhrverbote oder durch Zollmaßnahmen.

Die Lage der Metallindustrie wird durch folgende Mittelteilungen der Handelskammern gekennzeichnet:

München: Die Metallindustrie der Maschinenindustrie wird durch die Höhe der Beschäftigungskosten immer mehr erschwert, wenn nicht unendlich gemacht.

Essen, N.-R.: Die Maschinenindustrie konnte Geschäfte mit dem Ausland aus- bzw. fortführen; obwohl sich die Erhöhung der Kohlen- und Rohstoffpreise, sowie die Folgen der Arbeiterbewegung selbstverständlich auch in der Metallindustrie geltend gemacht haben.

Breslau: Der Export landwirtschaftlicher Maschinen nach dem Ausland, insbesondere nach Österreich-Ungarn, hat nach Ausbruch der Revolution vollständig aufgehört. Hierdurch geht der deutschen Produktion das mit großen Opfern erzielene glänzende Absatzfeld für Dampfmaschinen verloren. Österreich-Ungarn hat früher zwei Drittel der deutschen Dampfmaschinenproduktion abgenommen. Inzwischen sind aber in diesen Ländern wegen Ausbleibens der deutschen Fabrikate Dampfmaschinenfabriken errichtet worden.

Stuttgart: Für die fehmehchanische Industrie wäre die Lieferungsbedürftigkeit fast unbeschränkt, doch bieten sich, solange die Grenzen nicht in großem Umfange geöffnet werden, selber erst beschränkte Wege für die Ausfuhr. In Spanien und Aufträgen ist die Nachfrage des Auslandes äußerst reger; leider scheitern die Aufträge vielfach daran, daß unter den derzeitigen Verhältnissen bestimmte Lieferungsstermine nicht zugesagt und die geforderten Preissteigerungen wegen der hohen Wöhne nicht gemacht werden können.

München: Das Exportgeschäft der Eisenindustrie hat sich noch nicht wieder belebt. Der Wettbewerb der ausländischen Staaten macht sich im neutralen Ausland schon sehr unangenehm bemerkbar.

Berlin: Das Auslandsgeschäft der Eisenkonstruktionsbranche ist im allgemeinen, und zwar insbesondere nach Holland, etwas reger; doch glaubt man, daß die eingehenden Aufträge zum großen Teil aus dem Wunsch des Auslandes, die deutschen Leistungen noch günstig zu verwenden, herzufließen sind.

Was niemand kann nur ein einziger Schluß gezogen werden: Intensive Arbeit!

Die Eisenindustrie der deutschen Eisenwerkstätten. Wie sehr Deutschland in Zukunft für die Versorgung seiner Eisenwerke auf die Eisenvorräte anderer Länder angewiesen sein wird, geht aus einer Zusammenfassung hervor, die Professor Dr. Brusch in der Zeitschrift f. angew. Chemie veröffentlicht. Der Verfasser geht dabei von dem Stande der deutschen Eisenversorgung im Jahre 1913 aus. In diesem wurden in deutschen Ästen 16,76 Millionen Tonnen Hoheisen aus 37,8 Mill. Tonnen Eisen- und Eisenmanganerzen, sowie 0,7 Mill. Tonnen Manganerzen erzeugt, von denen 25,9 Mill. Tonnen aus Deutschland stammten und 11,9 Mill. Tonnen aus dem Ausland eingeführt werden mußten. Von den deutschen Eisenbezirken hatten die größten Bedeutung der deutsch-lothringische Minettebezirk mit 21,13 Mill. Tonnen Erzförderung = 1/4 der gesamten Eisenerzeugung, der Siegerländer Bezirk mit 2,73 Mill. Tonnen Erz = ein Behälter der gesamten Eisenerzeugung, der Saarländ. Bezirk mit 1,1 Mill. Tonnen und der Bezirk von Reims-Salzgitter mit 0,93 Mill. Tonnen Erz. Dabei ergab sich für den deutsch-lothringischen und lügemburgischen Minettebezirk zu Beginn des Jahres 1917 ein gewaltiger Vorrat von 1777 Mill. Tonnen, der in 45 Jahren erschöpft sein dürfte. Für den Siegerländer Bezirk werden 124,7 Mill. Tonnen berechnet, für die sich eine Lebensdauer von 37-42 Jahren ergibt. Der Saarländ. Bezirk hat 85 Mill. Tonnen, die abbaubar sind, und die Lebensdauer wird für Rotzeisen auf 66, für Brauneisen auf 32 Jahre berechnet.

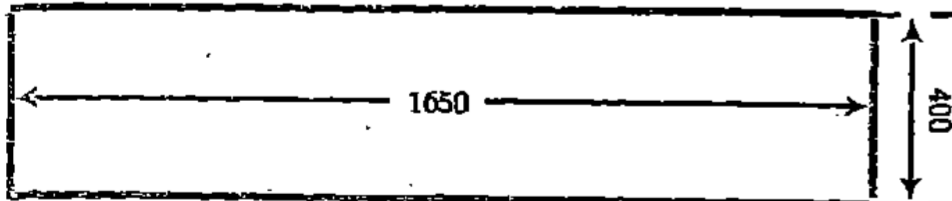
### Vorkalkulation und Akkordpreisfestlegung an Werkzeugmaschinen.

III.

Die Bauzeit berechnet man bei der Hobelbank nach folgender Formel:

Breite der Hobelfläche (in Millimtr.) x Schnittzahl  
Zahl der minutlichen Doppelhubs x Vorschub in Millimtr.

Beispiel: An einer gußeisernen Platte



Die obere Fläche mit einem Schnitt überhoben werden; wir benötigen hierzu eine Hohlänge von 1750 Millimtr. (100 Millimtr. sind für beiderseitigen Ueberlauf).

Die Zahl der Doppelhubs beträgt 3,1 pro Minute.

Der Vorschub (2 Zähne) 0,9 Millimtr.

Die Bauzeit ist:

$$\frac{400 \times 1}{3,1 \times 0,9} = 143 \text{ Minuten}$$

Der Akkordpreis müßte demnach berechnet werden:

Aufspannen und Maschine einrichten	50 Min.
Stühle schließen und einspannen	15 "
Schnitt anstellen und messen	5 "
Zuzeit nach obiger Berechnung	143 "
Nach vorhergegangene Umstände	25 "
Spannen	10 "
Gesamte Arbeitszeit	248 Min.

Bei 2,50 M. Stundenverdienst würde das Hobeln der Platte 10,25 M. kosten. Die für vorhergegangene Umstände eingelegten 25 Minuten gelten als Ausgleich für die schon einmal erwähnte Praxis auf Herausziehung der Arbeitsstunde von 60 auf 50 Minuten.

Jeherparandhaber hobelt man längliche Flächen tunlichst in der Längsrichtung.

Das wäre das, was man im Rahmen eines Zeitungsartikels über die Akkordpreisberechnung an der Hobelmaschine sagen kann.

#### Die Arbeits an der Drehbank.

werden auch nach Schnittgeschwindigkeit und Vorschub berechnet. Bei der Drehbankarbeit gestaltet sich die Berechnung insofern einfacher als der zeitraubende Rücklauf in Begleit kommt. An gewöhnlichen Drehbänken und unter Verwendung von Schnellspannzahl werden im allgemeinen folgende Schnittgeschwindigkeiten angelegt:

Material	Schnittgeschwindigkeit	
	m-Min.	mm-Sek.
Gußstahl	7	117
Stahlguß	9	150
Gußeisen	10	166
S. M. Stahl	12	200
Schmelde-Eisen	14	233
weiche Bronze	20	333
Rotguß	25	417

Die Werte gelten für den 1. Schnitt, sie erhöhen sich beim 2. Schnitt um 20 bis 25 Prozent.

Ist die Schnittgeschwindigkeit in m-Minuten bekannt, dann wandelt man die Meterzahl in Millimeter um, teilt die Zahl durch 60 (Sekunden), dann erhält man die mm-Sekunden.

Die Stärke des Vorschubes ist auch bei Drehbänken von dreierlei Art abhängig, und zwar: von der Art des Materials und der Größe des Arbeitsstückes, von der Spanne und der Größe der Drehbank. Ist man z. B. bei einem Arbeitsstück gezwungen, den Drehstuhl oder ein anderes Werkzeug weit herauszuspannen, dann kann man sehr vorzuziehlich nicht einen so starken Vorschub nehmen als bei einem Werkzeug mit guter Unterlage. Bei der Verteilung der Arbeit muß ganz besonders darauf geachtet werden, daß die Gewichtsschwere des Arbeitsstückes der Größe der Drehbank entspricht; denn durch ein zu großes Arbeitsstück an einer kleinen Bank und ein zu kleines Arbeitsstück an einer großen Bank wird die Leistungsfähigkeit der Bank erheblich herabgedrückt.

#### Die unrichtige Arbeitsverteilung

ist oftmals unter den Arbeitern Gegenstand lebhafter Klage; einmal die Kalkulation hierauf meistens keine Rücksicht nimmt. Der Arbeitsverteilung muß in Zukunft mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Bei normalem Arbeit und entsprechenden Banken können folgende Vorschübe verwendet werden:

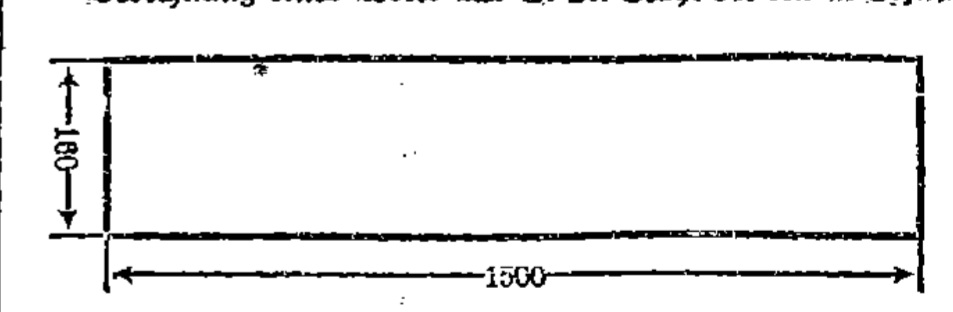
Drehbank bis Spanneise	5	8	16
300 mm Spigenhöhe, Vorschub	0,6	0,1	0,3
Drehbank bis Spanneise	5	8	15
600 mm Spigenhöhe, Vorschub	1,2	1	0,8
Drehbank über Spanneise	5	10	15
600 mm Spigenhöhe, Vorschub	1,5	1,2	1

Die Zahl der Umdrehungen in einer Minute bei einem bekannten Durchmesser und Schnittgeschwindigkeit, ermittelt man, indem man rechnet:

Schnittgeschwindigkeit in m-Minute,

Durchmesser (in m) x 3,14.

Berechnung einer Weile aus S. M.-Stahl bei einem Schnitt



Die Bearbeitungszeit beträgt 8 min. Eine Weile von 160 mm Durchmesser hat einen Umfang von 160 x 3,14 = 502,4 mm. S. M.-Stahl dreht man nach obiger Tabelle mit einer Schnittgeschwindigkeit von 12 m-Minuten. Also macht die Weile 12000:502,4 = 23,9 Umdrehungen in der Minute.

Bei 8 mm Spantiefe nehmen wir an der in Frage kommenden Drehbank einen Vorschub von 1 mm (pro Umdrehung). Da die Weile in 1 Minute 23,9 Umdrehungen macht, beträgt der Vorschub pro Minute 23,9 x 1 mm = 23,9 mm. Die Weile ist lang 1500 mm, dann beträgt die reine Bauzeit 1500 mm : 23,9 mm = rund 63 Minuten.

Der Akkordpreis für das einmalige Ueberdrehen der Weile setzt sich wie folgt zusammen:

Weile zentrieren und Vorkentrieren	45 Min.
Aufspannen (mit Flächengug)	15 "
Stahl schließen, Schnitt ansetzen	15 "
Messen	5 "
Bauzeit (berechnet)	63 "
Aufspannen	15 "
Schnitt ansetzen, messen	5 "
Ueberdrehene Umstände	10 "

178 Min.

Würde man nun einen Stundenverdienst von 2,50 M. zu Grunde legen, würde das einmalige Ueberdrehen der Weile 50 M. kosten.

Fortsetzung folgt.

Der Bezirk von Weine-Salzgitter verfügt über 270 Mill. Tonnen abbaubare Vorräte, die bei einer höchstmöglichen jährlichen Förderung von 2 Mill. Tonnen 135 Jahre Lebensdauer haben. Rechnet man das deutsch-lothringische Minettegebiet ein, so beträgt der gewinnbare Gesamteisenvorrat Deutschlands 2,3 Milliarden Tonnen. Mit dem Verlust des wichtigsten Eisenbezirks ist also sehr kurzzeitig; sie ist angewiesen auf Frankreich, das als eines der eisenreichsten Länder der Welt einen Gesamtvorrat von 8,3 Milliarden Tonnen auch ohne Vorkommen bereits reich auf Brasilien, dessen Hoheisenwerke einen Vorrat von zwei Milliarden Tonnen haben, auf Schweden, dessen gewaltige Magnetisierwerke in Luleå über 60 Milliarden Tonnen Eisen haben und das im ganzen 1,2 Milliarden Tonnen Vorräte hat, auf Rußland und Polen, die schon bisher eine gewisse Bedeutung für die oberstehtische Eisenindustrie belegen, ferner auf die Manganerze von Eschikatura im Kaukasus und in Indien.

### Bestimmung des Vorstandes

In die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 17. August, der 33. Wochenbeitrag für die Zeit vom 17. bis 23. August fällig.

### Aus dem Verbandsgebiet

**Waldheim, Mannesmannwerk.** Die bereits kürzlich gemeldete Streikaktion auf dem Mannesmann-Werk Waldheim ist wieder aufgenommen worden. Es dürfte daher jetzt an der Zeit sein, diesem Streik näher bekannt zu machen, weil er den Beweis erbringt, daß die gesamte Metallarbeiterchaft unserer Industrie sich auf einem Kuberkopf befindet. Aus geringen Mitteln, rein politischen Ursachen heraus ist dieser Kampf entstanden. Die verschiedenen Betriebsausschüsse hatten für Sonntag, den 13. Juli, ohne jedoch Einverständnis mit den Gewerkschaften eine kurze Arbeitseinstellung beschlossen, um durch dieses Mittel eine bestmögliche Verhandlung ihrer durch die Gewerkschaften bei der diesigen Arbeitseinstellung eingetragenen Forderungen durchzuführen, trotzdem nicht unbekannt war, daß diese Verhandlung bereits am Mittwoch, den 23. Juli, gescheitert war. Zu dieser im Waldwerk der Mannesmann-Werke hier abgehaltenen Versammlung waren Einladungszettel geschickt. Die Versammlung fand statt und beschloß gegen wenige Stimmen — die christlich organisierten Arbeiter des Werkes enthielten sich noch zurück, fernerer Erklärung ihres Obituariums jeder Zustimmung, weil für sie der Beschluß ihrer Organisation maßgebend war — auch die Teilnahme an der „Welt“-Demonstration am 21. Juli. Dazu hatte die „Weltzeitung“ in marktschreierischer Weise aufgefordert und behauptet, die Arbeiterchaft der Werke würde ebenfalls durch Arbeitsruhe demonstrieren, was bekanntlich diesen Gewerkschaften gar nicht einfallen ist. Wirklich hatten auch die vereinigten Betriebsausschüsse diesen politischen Protestbeschluß beschlossen und haben damit ihren einseitigen politischen Charakter enthielt.

Nach dieser Versammlung erschien auf dem Werke ein Postbeamter, um Befehlsgebung über den Charakter der Versammlung einzuziehen. Die Betriebsleitung ließ ein Mitglied des Betriebsausschusses rufen und bezeugte diesem gegenüber als den Scheitler der Einladungszettel ein anderes Betriebsausschussmitglied namentlich. Dies wurde bestritten, jedoch von der Betriebsleitung behauptet, worauf das Ausschussmitglied sich zu den wiederholt ausgesprochenen Worten: „Sie sind unbesonnen oder bewußt ein Lügner. Dann lägen Sie bewußt. Sie sind ein Lügner!“ hinsetzen ließ. Diese Ausführungen jedoch führten zur Kündigung mit 14tägiger Frist.

Der Betriebsausschuss nahm sich, nachdem der Beschluß auf Teilnahme an der „Welt“-demonstration gestrichelt worden war, unter den geschützten Umständen das Recht heraus, Anschläge folgenden Inhalts zu veröffentlichen:

Waldheim, den 19. Juli 1919.

#### Bekanntmachung

Nach Beschluß der Belegschaft ruft am Montag, den 21. Juli, der Betrieb gegen den Gewaltfrieden ein, Montag, den 21. Juli, der Betrieb.

#### Bekanntmachung

Soeben wird uns durch den Betriebsausschuss die Mitteilung gemacht, daß die Belegschaft am Montag einen Sympathiestreik gegen die uns auferlegten Friedensbedingungen beschließt und der gesamte Betrieb aus diesem Grunde ruhen soll. Mit Rücksicht auf die Mehrzahl unserer Belegschaft, welche sich augenblicklich in Urlaub befindet, können wir den Beschluß nicht als den Willen der gesamten Belegschaft anerkennen. Wir machen hiermit bekannt, daß der Betrieb anstrengt am Montag genau wie an sonstigen Tagen aufzunehmen beabsichtigt ist.

Waldheim, den 20. Juli 1919.

#### Bekanntmachung

Nach Beschluß der Belegschaft ruft Montag der Betrieb aus Anlaß der Weltbewegung ein, Montag, den 21. Juli, der Betrieb.

#### Bekanntmachung

Diese Bekanntmachungen werden von der Betriebsleitung der Gewerkschaften übermitteln, welche dazu übertrag, die beiden Interessierten — den Obituarium und den Stellvertreter-Obituarium — jenseits am Dienstagvormittag zu entlassen, sowie das erste wegen Beschäftigung jenseits am Dienstagvormittag gleichfalls unter Auszahlung von 14 Tagen Verdienst zu entlassen.

Aus diesem Vorzeichen wurde von der Mehrzahl der Belegschaft eine Maßregelung gewünscht, wie zur Arbeitseinstellung und zur Versammlung mit Beschlußfassung über den Streik führte. In dieser Versammlung wurde vor der Beschlußfassung nochmals eine fünfgliedrige Kommission zur Generaldirektion gewählt, die jedoch mit einem ablehnenden Resultat zurückkehrte.

Trotzdem die Gewerkschaftsführer vorher gegen einen Streikbeschluß gewarnt hatten und einer von ihnen erklärte, daß er, wenn der Beschluß der letzten Bekanntmachung richtig wiedergegeben würde, keine Maßregelung in dieser Entlassung erblicken könne, weil es die Annahme von Rechten seien, die nicht anders als Beschäftigung und Untergrabung jeder Autorität aufgefaßt werden könnten, wurde der Streikbeschluß gefaßt. Würde den Gewerkschaftsführern die zwei Tage vorher von einem Teil der Betriebsausschussmitglieder des gesamten Mannesmann-Konzerns gefaßte Resolution etwas bekannt geworden sein, dessen Beschluß 3 wie folgt lautet:

„Als Vertreter unserer Arbeiterchaft erkennen wir die Arbeitseinstellung nicht an und fordern von der Generaldirektion, jede Umwandlung dieser Arbeitseinstellung zu annullieren und nur die zuständigen Arbeiterchaften als die alleinigen Instanz als Vertretung der Arbeiterchaft zu betrachten.“

So aber wurde die gesamte Arbeiterchaft in diesen Streit hineingezogen, nachdem die erste Abstimmung, die allerdings keine offizielle gewesen ist, mehr wie eine Dreiviertelmehrheit für den Streik ergab. Dies wurde von den Entlassenen ausgenutzt, die nach den anderen Werken der Firma trafen und dort die Arbeiterchaften einseitig informierten, mit dem Ergebnis, daß auch in Hartung und Wernsdorf die Arbeit eingestellt wurde.

Am Dienstag, den 29. Juli, fanden unter Vorsitz des Betriebsausschusses Verhandlungen zwischen Vertretern der Firma und der Streikenden in Gegenwart der Gewerkschaftsbeamten statt. Das Ergebnis war, daß bezüglich der zuerst Entlassenen die Direktion in Gegenwart des Betriebsleiters nochmals gesondert Stellung nehmen will. Des weiteren sollte den Streikenden in der am gleichen Tage nachmittags stattfindenden Versammlung vorgeschlagen werden, den Streikfall dem Effizienten Schlichtungsausschuss zu unterbreiten, in der Weise, daß die beiden Entlassenen als Kläger die Firma auf Wiedereinstellung zu verklagen haben. Die Wiedereinstellung soll erfolgen, sobald der Schlichtungsausschuss ein dahingehendes Urteil fällt. Die Arbeit ist jedoch sofort wieder aufzunehmen.

Diesem nahm die Versammlung Stellung, und es ergab sich, daß ein alt Schlichter bekannt, der sonst stets das Wort der „sozialistischen Direktion“ im Munde führte, die Arbeiter des Allgemeinen Arbeitverbandes in bewegten Worten an die eintretenden Streikenden richtete, und ausführte: „Denk an die hungersenden Frauen und Kinder!“ „Wer ernährt die hungersenden Kinder?“ „Wir müssen doch zu Kreuze kriechen und wir werden zu Kreuze kriechen.“ „Wer beglückt unsere Mütter?“ „Der Streik ist erlösend.“

Dies verdient besonders festgehalten zu werden, wenn wir diesem Arbeiter daraus auch keinen Vorwurf machen wollen. Darauf ergab die Abstimmung keine Dreiviertelmehrheit für die Fortsetzung des Streiks, und die Gewerkschaftsführer mußten seinen Abbruch erklären. So zeigt dieser Kampf die Wahrheit der in den Streikversammlungen ausgesprochenen Worte eines Arbeiters: „Zunächst ist es leichter gewesen, drei Arbeiter durch gemeinsame Solidarität hindurch zum Besten zu unterhalten als Tausende von Arbeitern mit ihren Angehörigen davon zu lassen. Was das Vorzeichen der Selbstkündigung an die vor der Revolution gebräuchliche Schlinge erinnert, die nicht wiederkehren darf, ist nun noch auch, daß sie nicht als geboten werden darf. Hier muß die Grenze eingehalten werden, besonders dann, wenn bereits ein durchgehender Streik im Werke ist und zu unterbreiten ist. Schließlich hat die christlich organisierte Arbeiterchaft allgemeine Solidarität nicht. Hossentlich wird ihr nicht wieder durch anträgliche Gesinnung vergolten.“

Von ihrem Vertreter wurde aber auch in den Versammlungen mit aller Offenheit betont, daß die gesamten Vorgänge lediglich einem einseitigen politischen Machtwort zu verdanken seien, der mit wirtschaftlich-gewerkschaftlichen Forderungen nicht das geringste zu tun habe.

Der der Arbeiterchaft entstandene Schaden ist nicht gering und jenen Elementen zu verdanken, denen in der heutigen Zeit die Freiheit der Meinungsäußerung, an Kraft und Spektakel von den Augen und den beweglichen Wälzern aus ihrem Gehirne zu lesen ist. Daher werden alle jene Arbeiterchaften, die bisher aus anderen Gründen der für die Wirtschaft, den Stand vorwärts treibenden und fördernden Interessen der Metallarbeiter sich einsetzenden christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht angeschlossen haben, sich diesen anschließen, um so mit viel größerem Nachdruck den einseitigen politischen Bestrebungen im Wirtschaftsleben gelochener entgegenzutreten zu können.

**Waldheim.** Am Samstag, den 19. Juli, fand zum ersten Male eine Generalversammlung für den ganzen Verwaltungsbezirk Waldheim statt. Der Vorsitzende der Gruppe Waldheim, Herr Jäger, eröffnete die Versammlung. Einleitend begrüßte er die Anwesenden, die von auswärts erschienen waren. Dann gab er bekannt, daß ab 1. Juli Waldheim eine eigene Ortsverwaltung bilde. Alles was jetzt daran geht, ist die Einarbeitung der Ortsverwaltung sowie zu tragen, um nun auch für alle Zeit die Aufrechterhaltung des Sekretariats möglich zu machen.

Sodann erzielte er dem Kollegen Fischer das Wort zu seinem Bericht über das 2. Quartal. Derselbe ermittelte folgenden Bericht: Das 2. Quartal fand im Zeichen der Aufwärtsentwicklung. Wir konnten im 2. Quartal eine Aufnahmesumme von 128 machen, im 1. Quartal 336, insgesamt im 1. Halbjahr 764.

Nach dieser zeigt sich die Entwicklung im Marktwert: im 1. Quartal 6247 Markten, Gesamtsumme 1919,35 M., im 2. Quartal 11898 Markten, Gesamtsumme 8987,90 M.

Das 3. Quartal muß noch eine Verdoppelung bringen. Im Laufe des 3. Quartals konnten im ganzen 592 Tarife abgeschlossen werden. So für Waldheim und Umgebung, für Schalksmühle, für Halber, Kriegerhagen und Krieger.

Alle diese Umsätze drücken den Kollegen wesentliche Vorteile. Mit der äußeren Entwicklung muß aber auch die innere Entwicklung gleichen Schritt halten, und hier ist es vor allem Dingen notwendig, daß unsere allen Gewerkschaftler sich alle zur Verfügung stellen, um den jungen Kollegen ein Beispiel zu geben.

Ein gutes Beispiel hilft auch hier hundertmal besser als die schönsten Vorträge.

Dann wurde zur Wahl des Ortsverwaltungsorgans geschritten. Es wurden die Kollegen gewählt, die die Vorstands- und Vertrauensmännereinstellung vorgeschlagen hatte, und es wurde von der Versammlung lebhaft begrüßt, daß auch eine Kollegin für den Vorstand vorgeschlagen sei.

- 1. Vorsitzender: Fischer.
- 2. Vorsitzender: von Bischoffshausen.
- 1. Schriftführer: Eibam.
- 2. Schriftführer: Bestmann.

Beisitzer: Rosenber, Althoff, Finz, Hagendorf sen. und Kollegin Hengstberg, von den auswärtigen Gruppen Pfender, Kleinhardt, Hölling.

Kassenrevisoren: Tomshilz, Aramp sen.

Zu Punkt 3 „Jugendfrage“ wurde nach anregender Aussprache beschlossen, am Sonntag, den 27. d. M., vormittags 11 Uhr, eine Jugendversammlung zu veranstalten, um so der Jugend besser Gelegenheit zu gewerkschaftlicher Schulung zu geben.

So ist auch nun in Waldheim ein fester Anfang gemacht worden. Hoffen wir, daß dieses ein gutes Omen für die Zukunft ist. Nur so allein wird durch ein Zusammenarbeiten von Vorstand, Vertrauensmännern und Mitglieder eine feste, festgelegte Organisation entstehen.

**Waldheim.** „Politische Streik“ war das Thema, welches die Arbeiterchaft und Vertrauensmännereinstellung am Freitag, den 25. Juli, und die Mitgliederversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes am Sonntag, den 27. Juli, behandelte.

Der Geschäftsführer der Verwaltungsgesellschaft Waldheim, Herr Jäger, schilderte den Anwesenden in einem längeren Vortrage die Folgen der politischen Furchen und wie es Hand von Material nach, die diese Furchen unter deutsches Wirtschaftsleben an den Rand des Unterganges gebracht haben, daß jenseit der Arbeiterchaft durch dieses Treiben gewaltiger Elemente letzter Endes am schwersten getroffen wird. Durch diese fortwährenden Furchen kann unsere Industrie nicht mehr leistungsfähig bleiben. Jedem vernunftbegabten Menschen muß dieses klar sein. Durch den Niedergang der Industrie wird der deutsche Arbeiter schließlich gezwungen, auszuwandern und dadurch zum Kauf der anderen Völker. Die Arbeiterchaft müsse endlich erwachen und ganz entschieden Front machen gegen dieses Treiben; denn länger können wir uns nicht mehr an der Nase herumführen lassen. Die darauf folgende Diskussion bewies, daß alle Kollegen mit den Ausführungen des Kollegen Jäger einverstanden waren. Es wurde nun folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die im christlichen Metallarbeiterverband organisierten Metallarbeiter erheben gegen den Gewaltfrieden den schärfsten Protest. Auch

sie erkennen, daß die auferlegten Lasten für uns zu schwer sind, um erfüllt werden zu können. Wenn auch der Friede unterhalten werden mußte, so lassen die Arbeiter doch, daß die Interessen der jungen Arbeiter nicht vernachlässigt werden. Ferner wird schärfer Protest gegen den Hunger und Scheitlerhand erhoben. Nun werden wir in jeder Weise in erschreckender Weise die Arbeitseinstellungen und politischen Furchen der „Weltzeitung“ scharf über den Streik am 21. Juli. Wir sind es nicht im mindesten berechnen gegen das deutsche Volk. Wir sind es nicht im mindesten im Lichte hat und Verantwortungsgefühl gegenüber seiner Familie und seinem Volke hat, darf am Montag nicht streiken.“ Diese Furchen werden von den christlichen Arbeitern nicht beifolgende unterstellt. Die christlichen Arbeiter erkennen, daß diese Furchen und nicht zum Ziele führen. Im Gegenteil. Unter Zuhilfenahme durch diese Maßnahmen dem Volk zugeführt. Ein Arbeiter muß der zum Leben notwendige Verdienst entgegen. Das diese Maßnahmenleistungen nicht den Willen der Mehrheit der Arbeiter entspricht, kann nicht gemacht werden. Wenn trotzdem derartige Dinge möglich sind, so liegt das daran, daß die Abstimmungen meistens einseitig erfolgen. Die den christlichen Gewerkschaften angehörenden Vertrauensleute und Arbeiterchaften erheben gegen die öffentliche Abstimmung Protest und verlangen, daß in Zukunft geheim abgestimmt wird. Ferner darf nur jeder Stimmberechtigte über 20 Jahre alter Arbeiter abstimmen. Nur so können wir uns vor Schaden bewahren.“

Sobald wurde auch in der Arbeiterchaft und Vertrauensmännereinstellung durch die Eingabe an den hiesigen Gemeinderat zu ersehen, daß das Streikverbot vom 4. Juli 1919, welches für die unbeschränkte Arbeiterchaft eine erhebliche Einschränkung der Streikfreiheit bringt, aus für Beschäftigung in Kraft tritt. Kollege Jäger, der Gemeinderatsmitglied ist, wurde beauftragt, diese Eingabe ausgearbeitet und einzureichen und dort mit allem Nachdruck zu vertreten. Auch wurde noch Stellung zu der unvernünftigen Preisüberhöhung, dem Wucher und dem Scheitlerhand genommen und als Mitglieder des hiesigen hiesigen hiesigen sind, die als Schlichter und Scheitlerhand angenommen werden. Es wurde ebenfalls verlangt, daß hier mehr als bisher von maßgebender Stelle getan werden müsse. Es wurde der Arbeiterchaft nur durch praktische Arbeit, wie sie im christlichen Metallarbeiterverbande getrieben wird, aus der Not geholfen werden. Es ist keine praktische Arbeit, wenn die Arbeiterchaft dazu gezwungen wird, einen bloßen Protest zu veranstalten und hinter der roten Fahne herumlaufen. Auch das Entfernen der monarchischen Bilder aus den öffentlichen Gebäuden, wie es mit allem Nachdruck von gewisser Seite betrieben wird, kann den Arbeiter wenig nützen und trägt zur Verfestigung oder Verschärfung der wirtschaftlichen Lage nichts bei.

Vom 2. Vorsitzenden der Ortsgruppe Waldheim wurde der dringende Appell an alle Kollegen gerichtet, unermüdetlich zur Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes beizutragen; denn nur in den Reihen der christlichen Gewerkschaften wird wahre Arbeiterpolitik getrieben und für die Besserung der Lebenslage der Arbeiterchaft mit allem Nachdruck eingetrieben.

Am selben Tage fand in Waldheim ebenfalls eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Kollege Jäger sprach über die Versammlung und hielt die Anwesenden willkommen. Sodann gab er die Tagesordnung bekannt. Es waren folgende Punkte zu erledigen:

- 1. Vorstandswahl. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Fritz Althoff, als 2. Vorsitzender Witz. Jacobs, 1. Schriftführer Joh. Wollmann gewählt.

Punkt 2 behandelte die politische Streik und das Streikverbot. Zu diesem Punkte griff Kollege Jäger das Wort. Er führte im Namen der Anwesenden das Unannehme der Streiks vor Augen. Er verdeutlichte auf schärfste die unannehmliche Handlungsweise einzelner Streiks und forderte die Mitglieder auf, in Zukunft derartige Streiks auf einschneidende abzuweisen. Sodann wies der Redner auf das Streikverbot vom 4. Juli 1919 hin und erklärte den Anwesenden die Vorteile des Streiks für die Arbeiterchaft.

Zu seinem Schlußwort ging dann der Redner auf den geplanten Jugendtag ein und wies auf die Bedeutung der Jugend in den Gewerkschaften hin. Er forderte dann alle Anwesenden auf, neu und jetzt für unsere hohen Ideale zu kämpfen. Die interessanten Ausprägungen wurden beifällig aufgenommen. Die anschließende Aussprache zeigte, daß die Mitglieder den wahren Streik hoch wertschätzen. Auf die verschiedenen Anfragen gab Kollege Jäger die nötige Auskunft.

Nachdem die Tagesordnung so erschöpft war, wurde ebenfalls die selbe Entscheidung wie in Waldheim angenommen. Darauf wurde der Vorsitzende, Kollege Fritz Althoff, dem Redner und dem Kollegen für die Aufmerksamkeit und schloß die interessante Versammlung.

**Waldheim.** Eine recht lobenswerte Auffassung über Demokratie und Freiheit haben die Kommunisten und Unabhängigen der Schmiedewerke M. S. I bis III und S. S. III der Firma Friedr. Krupp W.-G. zu Waldheim. Zur Aufklärung dieser folgenden: In diesen Gruppen sollte ein Vorgesetzter, welcher aus Wünschen zurückzuführen, eingestellt werden. Wegen dieser Einstellung erbat die Arbeiterchaft Einwirkung. Sie beantragte in einer Betriebsversammlung den Betriebsausschuss, diese Angelegenheit mit der Betriebsleitung zu regeln. Der Betriebsausschuss lag ja zu diesen Beratungen den Sprecher des Betriebs hinzu. In dieser Aussprache erklärte der Sprecher vom Hauptauschuss der Betriebsleitung gegenüber, der Firma das Recht nicht streitig zu machen, die Einstellung einzustellen oder nicht. Ruinreich glaubte auch ein Teil der Arbeiterchaft der Einstellung des Vorgesetzten gleichgültig gegenüberzustehen. Derselbe wurde nun trotz des Einspruchs eingestellt. Jetzt glauben die Unabhängigen und Kommunisten, ihre Zeit sei gekommen, um die christlich organisierten Ausschussmitglieder in der hinterhältigsten Art und Weise zu verächtlichen. Man hatte am Sonntag, den 12. Juli, eine Betriebsversammlung mit unbestimmter Tagesordnung einberufen. Auch dort versuchte der Sprecher des Betriebs die christlich organisierten Ausschussmitglieder noch zu verächtlichen, trotzdem selbst seine eigenen Kollegen erklärten, es sei nicht wahr, daß einzelne Ausschussmitglieder hinter dem Rücken der Arbeiterchaft über diesen Fall verhandelt hätten.

Die christlich organisierten Arbeiter wehrten sich tapfer gegen diese Angriffe, und die Unabhängigen und Kommunisten waren nicht in der Lage, den Beweis für ihre nichtzulässigen Verächtlichkeiten zu erbringen. Als man nun so ohne weiteres den allen Ausschuss für abgesetzt erklärte und zu einer Neuwahl schreiten wollte, erklärte ein Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes, diesen politischen Mummel nicht mitmachen zu können. Er wies mit aller Deutlichkeit darauf hin, daß es keineswegs im Interesse der Arbeiter läge, wenn man verhandeln wollte, eine Betriebsversammlung zu parteipolitischen Zwecken zu veranstalten. Er nannte das Treiben dieser Leute keine Arbeitsberatung mehr, sondern glatten Arbeitsverrat. Er versuchte durch ruhige und sachliche Worte die schon wild gewordenen Geister zu beruhigen, doch alles umsonst. Mit wüstem Geschrei und vielem Lärm verurteilte man die höheren Wahrheiten, die den Herrschenden hier gesagt wurden, zu Arbeitsverrat. Doch, die Freie sagen. Es konnte am anderen Tage in den Schmiedewerken festgestellt werden, daß der allergrößte Teil der Arbeiterchaft dieses verräterischen Treiben der Rabauken entschieden verurteilt. Einer dieser „Freiheitskämpfer“ glaubte sich noch besonders hervorzuheben, indem er dem Leiter der Versammlung den Rat gab, dem Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes das Wort zu erteilen, weil er nicht im Betriebe beschäftigt sei. — Was denn auch geschah! Auf Grund dessen wurde dann auch die Verantwortung für alles weitere abgewälzt. Empört über das einfach sinnlose Verhalten der Rabauken verließ hierauf ein Teil der Versammlung das Lokal. Wir haben hier an dieser Stelle versucht, unseren Mitarbeitern und allen anderen Kollegen durch diese Darstellung einmal zu zeigen, wie diese Rabauken die Freiheit und Demokratie im neuen Deutschland aufheben. Nur durch ein festes und geschlossenes Eintreten für den christlichen Metallarbeiterverband wird es möglich sein, geordnete Verhältnisse und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Seine ganze Vergangenheit und Tätigkeit sind ein leuchtendes Beispiel dafür. Gerechtigkeit ist das Zeichen, das uns voranleuchtet, und in diesem Zeichen werden wir stehen!

**Waldheim.** Eine recht lobenswerte Auffassung über Demokratie und Freiheit haben die Kommunisten und Unabhängigen der Schmiedewerke M. S. I bis III und S. S. III der Firma Friedr. Krupp W.-G. zu Waldheim. Zur Aufklärung dieser folgenden: In diesen Gruppen sollte ein Vorgesetzter, welcher aus Wünschen zurückzuführen, eingestellt werden. Wegen dieser Einstellung erbat die Arbeiterchaft Einwirkung. Sie beantragte in einer Betriebsversammlung den Betriebsausschuss, diese Angelegenheit mit der Betriebsleitung zu regeln. Der Betriebsausschuss lag ja zu diesen Beratungen den Sprecher des Betriebs hinzu. In dieser Aussprache erklärte der Sprecher vom Hauptauschuss der Betriebsleitung gegenüber, der Firma das Recht nicht streitig zu machen, die Einstellung einzustellen oder nicht. Ruinreich glaubte auch ein Teil der Arbeiterchaft der Einstellung des Vorgesetzten gleichgültig gegenüberzustehen. Derselbe wurde nun trotz des Einspruchs eingestellt. Jetzt glauben die Unabhängigen und Kommunisten, ihre Zeit sei gekommen, um die christlich organisierten Ausschussmitglieder in der hinterhältigsten Art und Weise zu verächtlichen. Man hatte am Sonntag, den 12. Juli, eine Betriebsversammlung mit unbestimmter Tagesordnung einberufen. Auch dort versuchte der Sprecher des Betriebs die christlich organisierten Ausschussmitglieder noch zu verächtlichen, trotzdem selbst seine eigenen Kollegen erklärten, es sei nicht wahr, daß einzelne Ausschussmitglieder hinter dem Rücken der Arbeiterchaft über diesen Fall verhandelt hätten.

Die christlich organisierten Arbeiter wehrten sich tapfer gegen diese Angriffe, und die Unabhängigen und Kommunisten waren nicht in der Lage, den Beweis für ihre nichtzulässigen Verächtlichkeiten zu erbringen. Als man nun so ohne weiteres den allen Ausschuss für abgesetzt erklärte und zu einer Neuwahl schreiten wollte, erklärte ein Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes, diesen politischen Mummel nicht mitmachen zu können. Er wies mit aller Deutlichkeit darauf hin, daß es keineswegs im Interesse der Arbeiter läge, wenn man verhandeln wollte, eine Betriebsversammlung zu parteipolitischen Zwecken zu veranstalten. Er nannte das Treiben dieser Leute keine Arbeitsberatung mehr, sondern glatten Arbeitsverrat. Er versuchte durch ruhige und sachliche Worte die schon wild gewordenen Geister zu beruhigen, doch alles umsonst. Mit wüstem Geschrei und vielem Lärm verurteilte man die höheren Wahrheiten, die den Herrschenden hier gesagt wurden, zu Arbeitsverrat. Doch, die Freie sagen. Es konnte am anderen Tage in den Schmiedewerken festgestellt werden, daß der allergrößte Teil der Arbeiterchaft dieses verräterischen Treiben der Rabauken entschieden verurteilt. Einer dieser „Freiheitskämpfer“ glaubte sich noch besonders hervorzuheben, indem er dem Leiter der Versammlung den Rat gab, dem Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes das Wort zu erteilen, weil er nicht im Betriebe beschäftigt sei. — Was denn auch geschah! Auf Grund dessen wurde dann auch die Verantwortung für alles weitere abgewälzt. Empört über das einfach sinnlose Verhalten der Rabauken verließ hierauf ein Teil der Versammlung das Lokal. Wir haben hier an dieser Stelle versucht, unseren Mitarbeitern und allen anderen Kollegen durch diese Darstellung einmal zu zeigen, wie diese Rabauken die Freiheit und Demokratie im neuen Deutschland aufheben. Nur durch ein festes und geschlossenes Eintreten für den christlichen Metallarbeiterverband wird es möglich sein, geordnete Verhältnisse und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Seine ganze Vergangenheit und Tätigkeit sind ein leuchtendes Beispiel dafür. Gerechtigkeit ist das Zeichen, das uns voranleuchtet, und in diesem Zeichen werden wir stehen!

**Waldheim.** „Politische Streik“ war das Thema, welches die Arbeiterchaft und Vertrauensmännereinstellung am Freitag, den 25. Juli, und die Mitgliederversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes am Sonntag, den 27. Juli, behandelte.

Der Geschäftsführer der Verwaltungsgesellschaft Waldheim, Herr Jäger, schilderte den Anwesenden in einem längeren Vortrage die Folgen der politischen Furchen und wie es Hand von Material nach, die diese Furchen unter deutsches Wirtschaftsleben an den Rand des Unterganges gebracht haben, daß jenseit der Arbeiterchaft durch dieses Treiben gewaltiger Elemente letzter Endes am schwersten getroffen wird. Durch diese fortwährenden Furchen kann unsere Industrie nicht mehr leistungsfähig bleiben. Jedem vernunftbegabten Menschen muß dieses klar sein. Durch den Niedergang der Industrie wird der deutsche Arbeiter schließlich gezwungen, auszuwandern und dadurch zum Kauf der anderen Völker. Die Arbeiterchaft müsse endlich erwachen und ganz entschieden Front machen gegen dieses Treiben; denn länger können wir uns nicht mehr an der Nase herumführen lassen. Die darauf folgende Diskussion bewies, daß alle Kollegen mit den Ausführungen des Kollegen Jäger einverstanden waren. Es wurde nun folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die im christlichen Metallarbeiterverband organisierten Metallarbeiter erheben gegen den Gewaltfrieden den schärfsten Protest. Auch

sie erkennen, daß die auferlegten Lasten für uns zu schwer sind, um erfüllt werden zu können. Wenn auch der Friede unterhalten werden mußte, so lassen die Arbeiter doch, daß die Interessen der jungen Arbeiter nicht vernachlässigt werden. Ferner wird schärfer Protest gegen den Hunger und Scheitlerhand erhoben. Nun werden wir in jeder Weise in erschreckender Weise die Arbeitseinstellungen und politischen Furchen der „Weltzeitung“ scharf über den Streik am 21. Juli. Wir sind es nicht im mindesten berechnen gegen das deutsche Volk. Wir sind es nicht im mindesten im Lichte hat und Verantwortungsgefühl gegenüber seiner Familie und seinem Volke hat, darf am Montag nicht streiken.“ Diese Furchen werden von den christlichen Arbeitern nicht beifolgende unterstellt. Die christlichen Arbeiter erkennen, daß diese Furchen und nicht zum Ziele führen. Im Gegenteil. Unter Zuhilfenahme durch diese Maßnahmen dem Volk zugeführt. Ein Arbeiter muß der zum Leben notwendige Verdienst entgegen. Das diese Maßnahmenleistungen nicht den Willen der Mehrheit der Arbeiter entspricht, kann nicht gemacht werden. Wenn trotzdem derartige Dinge möglich sind, so liegt das daran, daß die Abstimmungen meistens einseitig erfolgen. Die den christlichen Gewerkschaften angehörenden Vertrauensleute und Arbeiterchaften erheben gegen die öffentliche Abstimmung Protest und verlangen, daß in Zukunft geheim abgestimmt wird. Ferner darf nur jeder Stimmberechtigte über 20 Jahre alter Arbeiter abstimmen. Nur so können wir uns vor Schaden bewahren.“

Sobald wurde auch in der Arbeiterchaft und Vertrauensmännereinstellung durch die Eingabe an den hiesigen Gemeinderat zu ersehen, daß das Streikverbot vom 4. Juli 1919, welches für die unbeschränkte Arbeiterchaft eine erhebliche Einschränkung der Streikfreiheit bringt, aus für Beschäftigung in Kraft tritt. Kollege Jäger, der Gemeinderatsmitglied ist, wurde beauftragt, diese Eingabe ausgearbeitet und einzureichen und dort mit allem Nachdruck zu vertreten. Auch wurde noch Stellung zu der unvernünftigen Preisüberhöhung, dem Wucher und dem Scheitlerhand genommen und als Mitglieder des hiesigen hiesigen sind, die als Schlichter und Scheitlerhand angenommen werden. Es wurde ebenfalls verlangt, daß hier mehr als bisher von maßgebender Stelle getan werden müsse. Es wurde der Arbeiterchaft nur durch praktische Arbeit, wie sie im christlichen Metallarbeiterverbande getrieben wird, aus der Not geholfen werden. Es ist keine praktische Arbeit, wenn die Arbeiterchaft dazu gezwungen wird, einen bloßen Protest zu veranstalten und hinter der roten Fahne herumlaufen. Auch das Entfernen der monarchischen Bilder aus den öffentlichen Gebäuden, wie es mit allem Nachdruck von gewisser Seite betrieben wird, kann den Arbeiter wenig nützen und trägt zur Verfestigung oder Verschärfung der wirtschaftlichen Lage nichts bei.

Vom 2. Vorsitzenden der Ortsgruppe Waldheim wurde der dringende Appell an alle Kollegen gerichtet, unermüdetlich zur Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes beizutragen; denn nur in den Reihen der christlichen Gewerkschaften wird wahre Arbeiterpolitik getrieben und für die Besserung der Lebenslage der Arbeiterchaft mit allem Nachdruck eingetrieben.

